

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.01.2023

Inhalt

EWN

1 So lief das Milliardengeschäft mit Nord Stream 2 <i>nordkurier.de, 19.01.2023</i>	3
2 Asse-Müll: Dauerendlager statt Zwischenlager? <i>die tageszeitung, 20.01.2023</i>	4

So lief das Milliardengeschäft mit Nord Stream 2

Jetzt soll es beim Untersuchungsausschuss zu Nord Stream 2 und Klimastiftung MV um die nackte Wahrheit gehen. Mehrere Zeugen werden befragt.

Schwerin. Seit dem Sommer 2022 arbeitet der parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung der Vorgänge rund um die umstrittene Klimaschutzstiftung – jetzt werden erstmals Zeugen gehört. Und die werden am Freitag in öffentlicher Sitzung im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns hochkarätig sein.

Zeugen sollen zu Investitionen sprechen

Thilo Wieland, Vorstandsmitglied der Wintershall Dea AG und zuvor bei der Wintershall Holding GmbH zuständig für Nord Stream 2, und Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach, seit 2021 Vorstandsvorsitzender und zuvor Aufsichtsratsvorsitzender der Uniper SE, müssen dem Ausschuss Rede und Antwort stehen.

Sebastian Ehlers, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, weiß um die Brisanz der Zeugenaussagen. „Sowohl Wintershall als auch Uniper investierten – wie auch drei weitere westeuropäische Konzerne – jeweils knapp eine Milliarde Euro in den Bau der

Ostsee-Pipeline. Es wird interessant sein, von den Zeugen zu erfahren, auf Grundlage welcher Daten und welcher Zukunftserwartungen in ihren Unternehmen entschieden wurde, so hohe Summen in dieses Projekt zu investieren“, sagte der CDU-Politiker im Vorfeld der Sitzung.

Zur Erinnerung: Uniper ist jenes Unternehmen, das viele Stadtwerke mit Gas versorgt hatte, sich beim Einkauf des Gases aber fast komplett abhängig von russischen Gas gemacht hatte. Diese Abhängigkeit trieb Uniper ins wirtschaftliche Abseits – erst musste der Staat mit Rettungsgeldern in Milliardenhöhe helfen, später wurde das Unternehmen verstaatlicht.

Die Klimaschutzstiftung war mit überwiegend russischen Geld vom Landtag MV im Januar 2021 gegründet worden, um mit ihr die drohenden amerikanischen Sanktionen zu umgehen und sicherzustellen, dass die Pipeline Nord Stream 2 fertig gebaut werden konnte.

Asse-Müll: Dauerendlager statt Zwischenlager?

Die Verzögerung bei der Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll hat Folgen für die Bergung des weniger strahlenden Mülls aus dem maroden Bergwerk Asse

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hatte vor Kurzem mitgeteilt, dass das gesetzlich vorgegebene Ziel, bis 2031 einen Standort für das Endlager für hoch radioaktiven Atommüll zu benennen, nicht einzuhalten ist. Die Suche werde sich im günstigsten Fall bis 2046 und im ungünstigen Fall bis 2068 hinziehen. Die Auswertung geologischer Daten und die Entwicklung der nötigen Untersuchungsmethoden verlangten mehr Zeit als zunächst veranschlagt. Weil die Errichtung des Endlagers Jahrzehnte dauert, kann die Befüllung möglicherweise erst in den 2080er-Jahren beginnen. Weitere Verzögerungen durch Proteste von Anwohnern und Gerichtsverfahren sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig hält die BGE an dem Termin für die Bergung der Atommüllfässer aus der Asse fest. „Nach derzeitigem Planungsstand soll die Rückholung im Jahr 2033 beginnen“, bestätigt BGE-Sprecherin Monika Hottopp auf Anfrage. An die Oberfläche geholt, sollen die zum Teil beschädigten und verrosteten Fässer zunächst neu verpackt und in einem Zwischenlager geparkt werden, das zurzeit in Planung ist. Völlig unklar ist allerdings, ob der Asse-Müll später mit in das zu suchende Endlager für hoch radioaktive Abfälle gepackt werden kann oder ob dafür eine weitere Lagerstätte gefunden werden muss.

Im Standortauswahlgesetz heißt es dazu, dass eine Endlagerung von schwach und mittel radioaktivem Atommüll im Endlager für hoch radioaktiven Müll zulässig ist, „wenn die gleiche bestmögliche Sicherheit des Standortes wie bei der alleinigen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gewährleistet ist“. „Wir denken die schwach und mittel radioaktiven Asse-Abfälle bei der Suche jederzeit mit“, sagt BGE-Sprecherin Hottopp. „Das heißt, wir schauen immer, ob eine Lagerung dieser Abfälle an dem jeweiligen Ort geologisch ebenfalls möglich wäre.“ Die Abfälle aus der Asse würden aber nicht im selben Hohlraum eingelagert, sondern in einem separaten Bereich.

„Je später ein Standort für ein Endlager für hoch

radioaktiven Atommüll gefunden wird, desto später wird sich klären, ob dieses Endlager auch für den Atommüll aus Asse II geeignet ist“, fasst Eleonore Bischoff von der Wolfenbütteler Atom-Ausstiegsgruppe (WAAG) den Stand der Dinge aus ihrer Sicht zusammen. Und selbst wenn, sei davon auszugehen, dass in einem künftigen Gemeinschafts-Endlager zuerst der hoch aktive Atommüll eingelagert wird, bevor die Einlagerung von schwach und mittel radioaktivem Müll folgt. Sollte sich indes herausstellen, dass das Endlager für den hoch radioaktiven Müll für die Asse-Abfälle nicht geeignet ist, müsse die Endlagersuche für diesen Müll neu gestartet werden. Die Betriebsdauer eines Zwischenlagers auf der Asse lasse sich dann gar nicht mehr eingrenzen, es werde „zu einem Dauerendlager und für eine radioaktive Belastung nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch für mehrere zukünftige Generationen“.

Aus Sicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Jakob Blankenburg ist unklar, wo und wie der Atommüll aus der Asse gelagert werden soll, bis ein Endlager in Betrieb ist. Aufgrund dieser „Lagerungslücke“ sei zu befürchten, dass die Atomfässer sehr viel länger als geplant in der unterirdischen Schachanlage bleiben könnten. Dabei drängt hier die Zeit: Das Bergwerk ist instabil und droht voll Wasser zu laufen. Die Nachbarschächte Asse I und Asse III waren schon früher vollgelaufen und aufgegeben worden. Blankenburg fordert vom Bundesumweltministerium so schnell wie möglich einen zuverlässigen Zeitplan, wie es mit dem Verfahren zur Endlagersuche und dem Atommüll weitergehen soll.

Auch Heike Wiegel vom atomkraftkritischen Verein „AufpASSEn“ verlangt, dass die Suche nach einem eigenen Endlager für den Atommüll, der aus der Asse zurückgeholt werden solle, unverzüglich beginnen müsse. „Die Politik darf nicht nur darauf hoffen, dass dort, wo einmal die Brennelemente endgelagert werden sollen, auch noch Platz für den Atommüll aus Asse II ist“, bekräftigt Wiegels Mitstreiter Andreas Riekeberg vom Asse-II-Koordinationskreis.